



Halbierungsinitiative: Gegner präsentieren ihre Argumente

Miriam Abt (sda)

Die Initiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» gefährdet laut dem überparteilichen Nein-Komitee die flächendeckende Versorgung mit verlässlichen Informationen. Dies schade Demokratie und Zusammenhalt.

Die von SVP-Kreisen lancierte SRG-Initiative sei keine harmlose Sparmassnahme, warnten Vertreterinnen und Vertreter von Grünen, SP, Mitte, GLP und FDP an einer Medienkonferenz am Montag in Bern. Vielmehr bedrohe sie den Service public im Kern und schwäche die Schweiz. Das Nein-Komitee lancierte mit diesem Auftritt seine Kampagne für die Abstimmung vom 8. März und legte seine Argumente dar. In einer instabilen Weltlage informiere die SRG glaubwürdig über internationale Ereignisse, Krisen und Katastrophen, machte die parteipolitisch breite Allianz geltend. Bei einem Ja zur Initiative würde die Fähigkeit der SRG untergraben, dies zu tun.

«Wir zahlen doppelt»

«In einer Welt, in der die Wahrheit Verhandlungsmasse geworden ist, ist die SRG auch Teil unserer Sicherheit», gab der Zuger FDP-Ständerat Matthias Michel zu bedenken. Desinformation sei heute eines der grössten Risiken, Länder wie Russland oder China versuchten, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Michel verwies auch auf die Rolle der SRG in der Kriseninformation – etwa bei grösseren Stromausfällen. «Wenn wir die SRG heute kaputtsparen, zahlen wir morgen doppelt, mit Orientierungslosigkeit und Vertrauensverlust», befand auch GLP-Nationalräatin Barbara Schaffner (Zürich). Heute konzentrierten sich die Medien immer stärker in den Händen weniger

grosser Konzerne, sagte der Waadtländer SP-Nationalrat Samuel Bendahan. In dieser Situation müsse man die Unabhängigkeit der SRG beibehalten.

Die SRG-Initiative will die Gebühren für Radio und Fernsehen von heute 335 auf 200 Franken pro Jahr senken. Die Unternehmensabgabe würde bei Annahme des Volksbegehrens vollständig abgeschafft. Laut der Gegenseite würde die SRG damit rund die Hälfte der Einnahmen verlieren. Dies auch, weil neben den Gebühren auch die Werbeeinnahmen sinken, wie Schaffner sagte. Darum ist die SRG-Initiative auch als Halbierungsinitiative bekannt.

Wichtig für Ränder, Sport...

Halbiere man die Mittel der SRG, würde dies Randregionen und Sprachminderheiten besonders stark treffen, sagte der Bündner Mitte-Nationalrat Martin Candinas. «Die Initiative gefährdet den Zusammenhalt und die Sprachenvielfalt, die unser Land einzigartig machen.»

Ähnlich begründet auch der Bundesrat sein Nein zu dem Volksbegehren. Medienminister Albert Rösti (SVP) erklärte im September im Ständerat, für private Anbieter sei das heutige Angebot der SRG in den kleinen sprachregionalen Märkten der Schweiz nicht finanziert. Bei einem Ja zur Initiative wäre eine Zentralisierung der SRG unvermeidlich. Es würden noch maximal zwei «Hauptzentren» geben.

Gegen die Initiative engagieren

sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Sport und Kultur. An der Medienkonferenz vom Montag zugegen war auch Roger Schnegg, Direktor von Swiss Olympic. Die SRG zeige nicht nur Top-Anlässe, sondern auch Wettkämpfe im Nachwuchs- und Behindertensport und aus kleineren Sportarten, sagte er. Bei einem Ja zur Initiative würden Private die heutigen Produktionen der SRG nicht übernehmen, weil sich dies nicht rechne. Er verwies zudem auf die Preise von Pay-TV-Angeboten: «Sport im Fernsehen darf kein Luxusgut sein, das sich nur wenige leisten können.»

...und die Schweizer Kultur

Auch Kulturschaffende fürchten, eine wichtige Plattform zu verlieren. Die SRG sei für die Kultur gerade darum wichtig, weil sie nicht auf die Jagd nach Quoten und Klicks angewiesen sei, sagte Grünen-Nationalrätin Delphine Klopfenstein Broggini (Genf). Heute unterstütze die SRG die Film- und Serienproduktion in der Schweiz und bewahre das kulturelle Erbe des Landes. Ins gleiche Horn stiess Klopfensteins Luzerner Ratskollegin Priska Wismer-Felder (Mitte), die auch Präsidentin der IG Volkskultur ist. «Die SRG zeigt unsere Bräuche im ganzen Land. Das ist Tradition, die sich nicht halbieren lässt.» Wismer-Felder unterstrich, diese Sichtbarkeit sei wichtig, damit sich Junge weiterhin für die Volkskultur einsetzen.

Candinas verwies zudem auf die Rolle der SRG für die Sichtbarkeit des



Rätoromanischen auch ausserhalb Graubündens: «Wer ernsthaft glaubt, die Schweiz könnte sich eine Demokratie leisten, in der ein Teil der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vorkommt, hat das Wesen dieses Landes nicht verstanden.»

Stellenverluste drohen

Schaffner erinnerte ihrerseits daran, dass die SRG schon heute sparen müsse. Hauptgrund dafür ist, dass der Bundesrat den Initianten schon im

vergangenen Jahr entgegengekommen ist. Er beschloss, die Haushaltsabgabe auf dem Verordnungsweg auf 300 Franken pro Jahr zu senken. Zahlreiche Unternehmen müssen in Zukunft außerdem auch ohne Initiative keine Abgabe mehr bezahlen.

Als Folge davon rechnet die SRG bis 2029 mit Einsparungen von rund 270 Millionen Franken (rund 17 Prozent des heutigen Finanzrahmens) und dem Abbau von rund 900 Stellen. Weitaus mehr Arbeitsplätze würden

laut einer Analyse des Schweizer Wirtschaftsforschungsinstituts BAK Economics vom Mai 2024 im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation wegfallen, falls Volk und Stände die Initiative annehmen. Gemäss den Studienautoren müsste die SRG in diesem Falle rund 3000 Stellen abbauen. Zudem käme es bei anderen Unternehmen wie Zulieferern oder Produktionsfirmen zu rund 3250 Jobverlusten.



Gefährdet den Zusammenhalt: Der Bündner Mitte-Nationalrat argumentiert im Namen der Randregionen gegen die SRG-Initiative.

Bild: Peter Klaunzer / Keystone

Arbeitsgemeinschaft Berggebiete gegen Initiative

Auch die Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) lehnt die Halbierungsinitiative ab. Der mediale Service public sei in Zeiten, in denen immer mehr regionale und lokale Zeitungen verschwinden, für die Berggebiete und länd-

lichen Räume wichtig, teilte die SAB am Montag mit. «Dank der SRG gelangen Neugkeiten aus Bergregionen wie dem Puschlav, dem Urserental und der Vallée de Joux auch auf die nationale Ebene und umgekehrt werden

diese Regionen mit Informationen aus anderen Regionen versorgt», hiesse es in der Mitteilung. Diese Leistungen erbringe kein anderes Medium in der Schweiz. (sda)

«In einer Welt, in der die Wahrheit Verhandlungsmasse geworden ist, ist die SRG auch Teil unserer Sicherheit.»

Matthias Michel
 FDP-Ständerat (Zug)